

Lüdmer Zeitung

Telephon: Amt Lähn Nr. 24.

Lokalblatt für Lähn und Umgegend.

Telephon: Amt Schönau Nr. 10.

Druck und Verlag von Franz Beuchel in Schönau (Katzbach). — Für den Inhalt verantwortlich: Franz Beuchel, Schönau (Katzbach). Ausgabestelle und Inseraten-Annahme in der Filiale Goldbergerstrasse Nr. 58 in Lähn und in der Buchdruckerei von Franz Beuchel in Schönau (Katzbach).

Die Ausgabe
erfolgt wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich durch Boten 90 Pf., monatlich 50 Pf. frei Haus. Post-abonnement 90 Pf., mit Abzug 1,14 M.

Amtliches Publikations-Organ
der städt. Behörden und des Königlichen Amtsgerichts.

Inserationspreis
für Lähn und Umgegend 10 Pf. für die 1 spaltige Zeile oder deren Raum, für auswärtige Inserate 12 Pf. pro Zeile. Annahmeschluß Montag, Mittwoch und Freitag mittags 12 Uhr.

Nr. 10.

Lähn, Sonnabend, den 22. Januar 1910.

7. Jahrgang

Concordien.

Der Kaiser empfing am Mittwoch das Präsidium des Abgeordnetenhauses. Die Audienz trug einen völlig unpolitischen Charakter. Sodann konferierte der Monarch im Auswärtigen Amt mit dem Staatssekretär von Schön. — Der Kaiser nahm am Donnerstag im Berliner Schloß die Vorträge des Kriegsministers von Heeringen und des Militärkabinetts Fehrn. v. Lynder entgegen. Am Vormittag hatte der Monarch dem Reichskanzler einen Besuch abgestattet. Am heutigen Freitag wohnt der Kaiser der Rekrutensichtung beim 1. Garde-Regt. z. F. in Potsdam bei.

Berlin. Prinz Eitel Friedrich hat das Protektorat über die Polizeihundprüfung auf der Karlshorst übernommen.

Berlin. Der Kronprinz von Rumänien besuchte am Mittwoch den Reichskanzler.

Berlin. Der Reichsangeiger veröffentlicht die Ernennung des bisherigen Direktors Ruhn beim Reichsschauamt zum Unterstaatssekretär und des bisherigen Vortragenden Rats Geh. Oberregierungsrats Herz zum Direktor.

Berlin. Ein großer Tag war mit Mittwoch für das preußische Abgeordnetenhaus gekommen. Ein dichtbesetztes Haus, gefüllte Tribünen, in der Halle Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen, das waren äußere Zeichen, die die Bedeutung der Rede des Ministerpräsidenten und Reichskanzlers Behmann Hollweg zur Kattowitzer Sache dokumentierten. v. Behmann Hollweg sprach ruhig und sachlich, aber als er die aussätzige Haltung des Großpolentums beleuchtete, gewannen seine Aussführungen den Ton fester Unbeirrbarkeit, und es war bezeichnend, daß, als er die Wendung „Nicht plötzlich werden wir die Kraft des Polonismus brechen“ gebrauchte, ihm aus den Reihen der Polen ein häßliches „Ueberhaupt nicht!“ entgegengesetzt.

Berlin. Die Budgetkommission des Reichstags genehmigte die 8½ Millionen-Forderung als erste Rate für den Ankauf der Ostasi-Bahn, sowie den Bau der Eisenbahn Karibid-Windhul und den der Nord-Süd-Bahn durch Deutsch-Südwafrika mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten. In der Debatte rügte es der Referent, daß immer noch mehr als 18 Millionen Mark für das Militär in den Kolonien gezahlt werde. Ueber diese Reichsaufwendung werde in der Kolonie nichts gesagt. Auf Antrag des Staatssekretärs Vernburg beschloß die Kommission, die Einnahmen aus den Gütern der Kolonie um 1,8 Millionen Mark zu erhöhen, ebenso die einmaligen Ausgaben um den gleichen Betrag, die Anleihe aber um soviel herabzusetzen. Bewilligt werden auch 100 000 Mark zur Entschädigung der während des Aufstandes treu gebliebenen Eingeborenen. Die in den Etat eingestellte Summe von 800 000 M. zur Verhinderung des Diebstahls und Schmuggels von Diamanten wird auf 1 200 000 M. erhöht.

Dresden. Den 3. Pfingstfeiertag als gesetzlichen Feiertag festzulegen beantragte im sächsischen Landtag der freisinnige Abg. Prof. Koch. — Hoffentlich bekommen wir auch in Preußen noch einmal einen dritten Pfingstfeiertag.

Hamburg. Für die Anlage eines Stadtparks beantragte der Hamburger Senat bei der Bürgerschaft die Summe von 7 Mill. M. 4 200 000 M. sollen auf Anleihe genommen werden.

Wien. Die Herzogin Hohenberg steigt ununterbrochen in der Stufenleiter der höfischen Rangordnung. Die ehemalige Gräfin Sophie Chotek, die Österreichs Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand zu seiner Gemahlin mache, wurde erst zur Fürstin, dann im Oktober vorigen Jahres vom Kaiser Franz Joseph zur Herzogin Hohenberg gemacht. Geht hat man bei

dem ersten vierjährigen Wiener Hofball bemerkt, daß die Herzogin als letzte der Erzherzoginnen ins Zug ging. Die Gemahlin des österreichischen Thronfolgers genießt bei den europäischen Fürstenhöfen hohes Ansehen, bei dem Besuch, den das Thronfolgerpaar am 22. vorigen Jahres in Berlin mache, wurde die Herzogin von der Kaiserin mit hohen Ehren aufgenommen.

Brüssel. Die Brüsseler Weltausstellung wird bestimmt am 23. April d. J. eröffnet werden.

Brüssel. Die Vermählung des Prinzen Victor Napoleon mit der Prinzessin Clementine von Belgien wird wieder eine Dynastie Bonaparte ins Leben rufen. Die Hochzeit soll im Laufe dieses Jahres stattfinden. Es handelt sich bei den Brautleuten um ein altes Liebespaar, dessen Verbindung jedoch der verstorbene König Leopold II. lebhaft widerstrebt. Prinz Victor Napoleon ist zur Zeit das Haupt der Familie Bonaparte; er ist der älteste Sohn des Prinzen Jerome Napoleon, eines Bruders Napoleons III., und der Prinzessin Adelinde von Italien.

Konstantinopel. Auf dem Balkan brennt! Nach dem Königsschloß in Athen ist das Parlamentsgebäude zu Konstantinopel ein Raub der Flammen geworden. Während in mehreren Räumen des Hauses Kommissionen tagten, brach plötzlich gegen 11 Uhr vor-mittags Grossfeuer aus. Das Feuer entstand im zweiten Geschoss in den Senatsräumen und griff mit rasender Schnelligkeit um sich. Die Sitzungssäle der Kammer und des Senats, sowie der Thronsaal wurden vollständig vernichtet. Die von Truppen unterstützte Feuerwehr, die das Wasser aus dem nahen Bosporus pumpte, wurde der Gewalt des Elements schließlich Herr und vermochte auch die Türländer zu schützen. Der prachtvolle marmorne Tschiragenpalast, er wurde als Parlamentsgebäude benutzt, ist jedoch in eine rauchende Ruine verwandelt. Der Schaden ist enorm. Das Volk glaubt hartnäckig an Brandstiftung.

Athen. In Griechenland hat der König seinen Widerstand gegen die Begnadigung des Märters Typaldos ausgegeben.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag verhandelte am Mittwoch, nachdem der Handelsvertrag mit Polen in zweiter Besuch genehmigt war, die Interpellation betr. das Reichsvereinigungsgez. Die Interpellation wurde vom Abg. Müller-Reiningen (fr.) begründet. Das Gesetz sei gut, an den Missständen sei nur die burokratische Faulheit schuld. Staatssekretär Dr. Delbrück gestand in seiner Beantwortung freimütig ein, er habe das Gesetz in mehreren Punkten mehrmals lesen müssen, ehe er verstanden habe, was gemeint sei. Er werde alles von dem Interpellanten vorgetragene Material den Bundesregierungen zur Kenntnis bringen und sei überzeugt, alles würde seine Lösung finden, die dem Kraftbewußtsein und der Würde des Reiches entspreche. Sächs. M. Dr. Gallbauer bezürte die Radikalpolitik der sächsischen Behörden. Abg. Dr. Hieber (fr.) begrüßte die Fassung einer sozialen Handhabung des Gesetzes, das Segen sei ja nur der Sozialdemokratie zugute. Abg. Hans Edler zu Putlitz (fr.) erklärte, daß gegen das Gesetz vorgetragene Material sei wirklich außerordentlich geringfügig. Weiter sprachen die Abg. Dr. Seyda (Pole), Martin-Dels (fr.) und Schiffer (fr.).

Zum Donnerstag erledigte der Reichstag die Generaldebatte über den Justizrat und genehmigte den Titel Staatssekretär und den Etat des Reichs-

gerichts. Nachdem der Vizepräsident die Glaubwürdigkeit und erhalten hatte, dem Kaiser zum Geburtstage die Wünsche des Reichstags zu übermitteln, wurde der Handelsvertrag mit Polen debattetlos angenommen. Bei der zweiten Besuch des Reichshandelskonsuls mit dem Spezialrat des Reichsjustizamts brachten die Abg. Beyer (fr.), Giese (konf.) und Junk (natlib.) verschiedene Wünsche ihrer Parteien vor. Abg. Junk brachte auch den Fall Hellfeldt zur Sprache und wünschte für solche Fälle eine internationale Regelung. Staatssekretär Klemco erklärte, betr. die Presseberichte über Skandalprozesse müsse die Entscheidung in die Hand des einzelnen Gerichte gelegt werden. Eine Vorlage über Erhöhung der Beugen- und Sachverschändlungen - Gebühren könne wegen der Million-Gefällen vollauf nicht gemacht werden. Auf den Fall S. Loffl rührte einzugehen, verriet ihm der Urtand, daß die Angelegenheit gerade dem Kompetenz-Gerichtshof unterliege. Die Selbstständigkeit der Justiz werde er mit allen Kräften zu wahren bemüht sein. Weiter sprachen die Abg. Dörr (friss. Berg.) und Heine (Soz.). Sächsischer Bevollmächtigter Dr. Meyer stellte in Abrede, daß gewisse Vorschriften des sächsischen Stempelsteuergesetzes mit dem Reichsrecht nicht vereinbar seien. Ferner sprachen die Abg. Zielbowksi (Pol.), Bahnhorst (Rp.), Werner (Rif.), Bicker-Röhr (fr.) und Ablaß (friss. Bp.). Freitag g. langen zur Vorlage der Statut der Reichsbahnverwaltung und der Kolonialstat.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

Im preußischen Abgeordnetenhaus wurde am Mittwoch bei vollbesetztem Hause und dichtgefüllten Tribünen die Interpellation des Zentrums und der Polen betr. die Kattowitzer Beamtenregelungen verhandelt. Nach einer etwas ereigneten Begründung durch den Abg. Borsig (fr.) ergriß der Ministerpräsident v. Behmann Hollweg das Wort zu eingehender Beantwortung. Der Ministerpräsident betonte energisch, daß die Regierung bei der Kattowitzer Angelegenheit sich weder von parteipolitischen noch von konfessionellen Gesichtspunkten leiten ließ, daß dienstliche Interesse war maßgebend und von ihren Beamten mußte die Regierung verlangen können, daß sie nicht für Großpolen eintreten. An der von Bismarck inaugurierten und von Bülow energisch fortgesetzten Polenpolitik wird festgehalten werden. Häufig von Zurufen des Zentrums und der Polen, aber auch vom Beifall der Rechten unterbrochen, sprach der Ministerpräsident dann ausführlich über die Gefahren des Großpolentums und schloß mit der Bitte, ihn bei der Fortführung der preußischen Polenpolitik zu unterstützen. Preußischer Kultusminister von Trotha zu Solz stellte fest, daß die beiden polnischen Kandidaten, für die die Beamten in Kattowitz stimmen, zu den bekanntesten großpolnischen Agitatoren gehörten. Die Schule sei eins der besten Mittel der Regierung im Kampfe gegen den Polonismus. In der Debatte sprachen die Abg. Windler (fr.), Dr. Seyda (Pole), Martin-Dels (fr.) und Schiffer (fr.).